

Öffentlicher Raum – Ausgangslagen und Tendenzen in der kommunalen Praxis

Oliver Kuklinski

Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojektes „Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum“¹

1 Zum Projekt

Das Forschungsvorhaben „Städte als Standortfaktor – Öffentlicher Raum“, das im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung durchgeführt wurde, startete Anfang 2001 unter der Prämisse, dass die öffentlichen Räume in den Städten wieder an Aufmerksamkeit gewinnen. Auslöser für das Interesse an dem, was sich in den öffentlichen Räumen tut, waren vermutete negative Entwicklungen, die zum Handeln Anlass gaben: Privatisierung, Vernachlässigung, Unsicherheitsgefühle u. a. m. Zugleich war zu beobachten, dass in politischen und fachlichen Diskussionen die Bedeutung der öffentlichen Räume zunahm – dies unter anderem, weil sie als Lagewert bildender Faktor innerhalb der Siedlungsräume und im Wettbewerb der Städte und Regionen untereinander verstärkte Relevanz bekommen.

Aufgabe des Projektes war es, solche Annahmen zu prüfen. Im Einzelnen sollten

- Situationsanalysen und Problemwahrnehmungen zusammen getragen werden,
- Handlungsbedarfe aus der Sicht der Praxis umrissen,
- bislang vorliegende Handlungsansätze in den Kommunen dargestellt und
- Unterstützungs- und Förderungsmöglichkeiten von Bundeseite aufgezeigt werden.

Zu diesem Zweck wurden Befragungen in kommunalen Planungs- und Grünflächenämtern von 16 deutschen Kommunen², vertiefende Fallstudien in fünf Städten³, Interviews mit Fachleuten für bestimmte Aspekte des Themas (Investoren, Polizei, Sozialverbände u. a.) sowie zwei Expertenhearings mit jeweils etwa 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Forschung und Praxis durchgeführt.



*Niedergang – Privatisierung – zunehmende Aufmerksamkeit und Nachfrage:
Was trifft zu für die öffentlichen Räume?*

Im Folgenden werden einige der wesentlichen Befunde der Untersuchung vorgestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Forschungsbericht nicht die Meinung der Forschungsgruppe zum Ausdruck bringt, sondern bewusst verschiedene Sichtweisen vorträgt bzw. wiedergibt, z. B. zentrale Ergebnisse aus Literatur, Expertenhearings sowie Fallstudien und Experteninterviews. So entstand eine „Vielfalt der Stimmen“, die an anderer Stelle ausführlich veröffentlicht ist.⁴

Dieses Verständnis zur Berichterstattung ergibt sich nicht nur aus der Funktion der Untersuchung als „Vorstudie“ für das Ende 2002 startende Forschungsfeld „Öffentlicher Raum“, sondern ist in gewisser Weise auch dem Gegenstand geschuldet: Denn das Öffentliche entsteht – so Hannah Arendt³ – wenn „Dinge (...) von Vielen in einer Vielfalt von Perspektiven erblickt werden, so dass die um sie Versammelten wissen, dass ein Selbes sich ihnen in äußerster Verschiedenheit darbietet ...“

Oliver Kuklinski
Diplom-Ingenieur
PlanKom
Brehmstraße 38
30173 Hannover
E-Mail:
oliver.kuklinski@plankom.net

(1)
Kooperationsprojekt von PlanKom (Hannover) und Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung an der RWTH-Aachen, Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle; Laufzeit Dezember 2000 bis Juli 2002; Bearbeiter: Ulrich Berding, Oliver Kuklinski, Kirsten Niederlein, Klaus Selle, u. a. (Kontakt: Dipl.-Ing. Oliver Kuklinski, PlanKom, Brehmstraße 38, 30173 Hannover, Tel. 05 11/85 59 53, Fax 05 11/85 95 58, E-Mail: oliver.kuklinski@plankom.net, www.plankom.net)

(2)
16 Städte: Aachen, Berlin, Bonn, Essen, Frankfurt am Main, Gera, Güstrow, Hannover, Langenhagen, Leipzig, Magdeburg, Nordhorn, Stuttgart, Tübingen, Unterschleißheim, Wolfsburg)

(3)
Bonn, Hannover, Leipzig, Stuttgart, Wolfsburg

(4)
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum. Forschungsauftrag im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau. Abschlussbericht. – Bonn 2003. = Werkstatt: Praxis 2/2003 (in Vorbereitung)

(5)
Arendt, Hannah: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. Neuauf. – München 1981

Leitfragen des Forschungsprojektes „Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum“

Zustand und Entwicklung

- Wie ist der Zustand der öffentlichen Räume?
- Wie haben sich die öffentlichen Räume (in verschiedenen Zeithorizonten) entwickelt?
- Welche Bedeutung kommt insbesondere der „Privatisierung“ der öffentlichen Räume zu?

Wirkungszusammenhänge und Bedeutungen

- Welche Ursachen liegen den Veränderungen zu Grunde? (Mittelknappheit, Nutzungswandel, Privatisierung)
- Welche Wirkungen ergeben sich daraus? (Wechselwirkungen, Konkurrenzen)
- Welche Bedeutung haben die öffentlichen Räume, welche sollten sie haben? (In den fünf Dimensionen: sozial, politisch, wirtschaftlich, ökologisch und kulturell)

Handlungsbedarf und Strategien

- Was ist vordringlich zu tun?
- Wo ist (räumlich?) mit welchen Maßnahmen zu handeln?
- Wie ist zu arbeiten, bzw. welche Ansprüche bestehen an Aktivitäten?
- Welche Instrumente sind einzusetzen?

Der Schwerpunkt dieses Beitrags liegt auf den Einschätzungen der in den Experteninterviews befragten Akteure aus der Praxis zu der Frage „Wie schätzen sie die Situation des öffentlichen Raumes und den aktuellen Handlungsbedarf ein?“

2 Zum Verständnis des Begriffs „öffentlicher Raum“

Die Leitfragen des Forschungsprojektes beziehen sich auf „öffentliche Räume“. Was ist damit gemeint? In den vielfältigen Gesprächen zeigte sich meist zu Beginn die Notwendigkeit einer Begriffsklärung oder zumindest der Verabredung eines gemeinsamen Verständnisses.

Thesenartig zugespitzt lässt sich sagen: Es gibt kein einheitliches Verständnis von öffentlichen Räumen. Die Begriffsverwendung in Literatur und Praxis ist stark geprägt vom jeweiligen Handlungshintergrund bzw. Analyseinteresse der Akteure. In zwei Punkten herrscht jedoch Übereinstimmung:

- Öffentliche Räume werden als Hauptaufgabe der (Stadt-)Planung bezeichnet.
- Die freie Zugänglichkeit gilt als zentrales Kriterium öffentlich nutzbarer Räume.

Unterhalb dieser allgemeinen Feststellung fokussieren sich die Gesprächspartner in der Praxis auf jene Teile öffentlicher Räume, die ihr konkretes Handlungsfeld prägen (Grünplanung: Parks etc., Stadtplanung: Plätze, Straßen) – ohne aber jeweils Räume in anderen Zuständigkeiten völlig auszublenden.

In der Praxis der kommunalen Verwaltungen besteht große Übereinstimmung darin, dass öffentliche Räume das kennzeichnen, was zur eigentlichen Domäne öffentlicher Planung gehöre („das ist unser Job“). Ebenso herrscht Einigkeit bei allen Befragten über das zentrale Merkmal öffentlicher Räume: ihre „freie Zugänglichkeit“ und damit ihre „Begegnungsfunktion“. Diese Zugänglichkeit zu gewährleisten wird als wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand gesehen.

Dem entspricht, dass das Hauptaugenmerk auf öffentlichen Räumen liegt, die für die Begegnung nutzbar sind. Solche, die z. B. vom Verkehr dominiert werden, geraten dagegen in den Hintergrund. Allerdings fal-



len diese von verkehrlicher Nutzung dominierten Räume nicht gänzlich aus der Betrachtung heraus, wie gelegentlich in der Literatur. Vielmehr werden z.B. bei Straßenräumen deren stadträumliche Bedeutung und die dort vorzufindenden Nutzungsüberlagerungen (Fuß-/Radwege) bzw. temporäre Nutzungsmöglichkeiten (ruhender Verkehr / Spielraum, Märkte, Aktionen) wahrgenommen und wertgeschätzt.

Besonders interessant ist es, dass auch die von privater Seite angebotenen öffentlich nutzbaren Räume in die Betrachtung der kommunalen Praktiker mit einbezogen werden. Das gilt für Bahnhöfe ebenso wie für Passagen, Shopping-Malls usw. Die Betreiber und Manager privater Shopping-Center sehen ihre Objekte selbstverständlich als Teile des öffentlichen Raumes der Städte. Sie begründen dies mit der Feststellung, dass für die Kunden der Unterschied zwischen öffentlichem Raum und privaten Flächen irrelevant ist, da er im Alltag nicht wahrnehmbar sei.

3 Zustand der öffentlichen Räume und beobachtete Tendenzen

Instandhaltung, Pflege und Nutzung

Entsprechend der inhomogenen Auffassung von dem, was öffentliche Räume sind, differieren die Bewertungen ihres Zustandes (Pflegezustand, Modernisierungsbedarf) sehr stark. Bewertungsunterschiede ergeben sich vor allem zwischen zentralen städtischen Bereichen, auf die die Aufmerksamkeit fokussiert, und solchen Stadträumen, die eher außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung liegen. Akteure in kleineren Kommunen sehen darüber hinaus den Zustand „ihrer“ öffentlichen Räume tendenziell positiver als ihre Kollegen in großen Städten.

Besonders eklatant ist aus Sicht der Befragten, dass leere kommunale Kassen die oft überfälligen Modernisierungen öffentlicher Räume nicht oder nur in unzureichendem Maße zulassen. Modernisierungszyklen werden zu lang; Materialien und Gestaltungselemente verschleißen bzw. sind den aktuellen Anforderungen nicht angemessen. Aber auch neu geschaffene oder sanierte öffentliche Räume leiden unter der zunehmenden Extensivierung bei der Pflege. Dem beobachteten Problem des zuneh-



menden Mülls in öffentlichen Räumen kann – vor allem in der Peripherie – bei zurückgehenden Pflegeetats kaum adäquat begegnet werden. Die Frage, ob dieses Problem einem Wandel im Umgang mit Abfällen oder aber der verstärkten Nutzung der öffentlichen Räume zuzuschreiben ist, bleibt jedoch unbeantwortet.

Bei dem Aspekt der Nutzung der öffentlichen Räume gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bewertungen in der Literatur und den Einschätzungen vor Ort: Während in der Literatur von Funktionsverlust und Entleerung die Rede ist, berichten die Praktiker von starker Inanspruchnahme bis hin zur „Übernutzung“.



Nutzungsdruck und subjektives Unsicherheitsempfinden nehmen zu.

Entwicklungstendenzen aus Sicht der Praxis

Folgende Entwicklungstendenzen werden in der Praxis als prägend beschrieben:

- Die Inanspruchnahme öffentlicher Räume scheint eher zu- als abzunehmen. Neue Nutzungen, wie z.B. Trendsportarten, stellen gewandelte Ansprüche dar. Die Bedeutung des motorisierten Verkehrs als Gefährdungsfaktor für die multifunktionale Nutzbarkeit öffentlicher Räume besteht weiterhin, wird aber relativiert.
- Es wird von einer Zunahme des Unsicherheitsgefühls berichtet, ohne dass es eine signifikante Zunahme von Straftaten im öffentlichen Raum gibt.
- Die Nutzung öffentlicher Räume zu kommerziellen Zwecken hat zugenommen, wird aber ambivalent bewertet.
- Die in der Literatur konstatierten „Privatisierungstendenzen“ bedürfen einer differenzierteren Betrachtung. Übertragungen öffentlicher Flächen in private Regie stellen absolute Ausnahmefälle dar. Ausgeweitet hat sich jedoch das Angebot privater Flächen für bestimmte öffentliche Nutzungen – ohne dass die Bewertung der Folgen dieser Entwicklung eindeutig wäre. Aus kommunaler Sicht kritisch beurteilt werden hingegen Auslagerungen öffentlicher Aufgaben (etwa bei der Pflege öffentlicher Räume) in den privatwirtschaftlichen Bereich.

Bezogen auf die meisten dieser Entwicklungstendenzen ist ein deutlicher Mangel an empirischen Analysen und damit an Grundlagen für eine gezielte Planung und Politik festzustellen. Niemand vermag derzeit genau zu sagen, wie sich die Nutzung der unterschiedlichen öffentlichen Räume qualitativ und quantitativ verändert hat und weiter verändern wird. Trendsportarten wie Streetball und Inlineskating sowie massenhaftes Picknick auf öffentlichen Grünflächen seien hier nur als offenkundige Beispiele genannt.

Der Wandel ist Normalität, er vollzieht sich im gesellschaftlichen Kontext. Welche Tendenzen allerdings prägend für die Planung und Unterhaltung der öffentlichen Räume in den nächsten Jahren sein werden, liegt weitestgehend im Dunkeln.

Deutlich ist, dass Themen, die noch vor wenigen Jahren intensive Auseinandersetzungen in den Städten auslösten, wie z.B. der zunehmende Individualverkehr, zurzeit eher sachlich behandelt werden: Auch wenn es offenkundige Inkompatibilitäten zwischen dem Straßenverkehr und anderen Freiraumnutzungen wie Erholung und Aufenthalt gibt, wird der Verkehr als eine der Kernfunktionen des öffentlichen Raumes akzeptiert.

Dem Thema der Sicherheit in öffentlichen Räumen wird hingegen bei den städtischen Akteuren große Aufmerksamkeit zuteil. Auch wenn die Gefahr, auf der Straße oder im Park Opfer krimineller Handlungen zu werden de facto abnimmt, verschlechtert sich doch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger. In diesem Zusammenhang ist der öffentliche Raum zu einem Feld für politische Profilierung ebenso wie für neue polizeiliche Strategien geworden, die sich weniger auf die Bekämpfung von Verbrechen als vielmehr auf die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bürger beziehen.

Im Übrigen wird die in den letzten Jahren kontrovers diskutierte Videoüberwachung des öffentlichen Raumes ebenfalls ohne einen wissenschaftlich nachgewiesenen Effekt bezüglich der Wirkungen zur Kriminalprävention diskutiert. Deutlich sind ebenfalls die verbreitet anzutreffenden Bemühungen, durch planerische Maßnahmen wie Beleuchtung und Vermeidung unklarer Raumsituationen mehr Sicherheit oder doch zumindest ein verbessertes subjektives Sicherheitsempfinden zu erreichen.



Nicht nur in Bezug auf den Sicherheitsaspekt haben kommerziell motivierte Akteure die von ihnen geschaffenen und/oder betriebenen Malls, Passagen, Einkaufs- und Erlebniswelten perfektioniert. Konsum und Freizeitaktivitäten finden auf öffentlichen Flächen genauso statt wie auf privat erstellten und bewirtschafteten. Das ist nicht neu, hat aber möglicherweise an Gewicht gewonnen. Unsere Gesprächspartner bestätigten diese Tendenz, sahen aber darin keine besondere Gefährdung. In Einzelfällen wünschte man sich sogar verstärkte private Aktivitäten („Wir wären ja froh, wenn einer eine Mall baute“).

In diesen Räumen werden – wie eh und je – bestimmte, nicht erwünschte Teile der städtischen Bevölkerung ausgegrenzt. Erwähnt wird dieser Aspekt hier, weil er in der Literatur eine gewichtige Bedeutung hat, im Rahmen unserer Interviews jedoch nicht. Sieht man von der Tendenz der Kommerzialisierung der Toilettenbenutzung ab, ist aus der Praxis in dieser Sache kaum Neues zu vermelden.

Die in der Fachliteratur intensiv geführte Diskussion um die „Privatisierung des öffentlichen Raumes“ lässt sich anhand der Untersuchung nicht nachvollziehen. Das Zusammenwirken öffentlicher und privater Akteure bei der Entwicklung der Städte macht klare Abgrenzungen in Bezug auf Nutzungs-, Verfügungs- und Eigentumsrechte ohnehin schwer. Zum Beispiel agieren Private auf öffentlichen Flächen als Mieter oder Pächter, im öffentlichen Besitz befindliche Flächen werden so der Nutzung durch die Bürger entzogen. Gleichzeitig werden öffentliche Wegerechte auf privaten Grundstücken begründet usw. Eine Privatisierung von im öffentlichen Besitz befindlichen, intensiv genutzten Flächen und damit mögliche Veränderungen von ihrer öffentlichen Nutzbarkeit ist aus Sicht der Befragten eine seltene Ausnahme – die allerdings auch einer drohenden Verwahrlosung entgegenwirken kann.

Wichtigster Aspekt im Zusammenhang mit dem Stichwort Privatisierung war aus Sicht der befragten Akteure die Frage der Übertragung öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen. Dies bezog sich häufig auf Leistungen wie die Pflege von Grünanlagen und wurde bezüglich der erwünschten Kosteneinsparung als auch der Qualität der Leistung überwiegend kritisch betrachtet.



Ein breites Spektrum von Phänomenen, dessen gemeinsamer Nenner die entgeltliche Nutzung von Flächen im öffentlichen Eigentum ist, wird mal als Privatisierung, mal als Kommerzialisierung beschrieben. So sind etwa Tendenzen zur Einführung von Eintrittsgeldern für hochwertige öffentliche Grünanlagen und Parks in der Praxis bedeutsam.

Ebenfalls zugenommen haben ausgedehnte gewerbliche (Sonder-)Nutzungen auf öffentlichen Flächen: Dies reicht von den Flächen der Außengastronomie über die Stände der Händler bis zu Promotion-Veranstaltungen, Beach-Volleyball-Turnieren, Ski-Langlauf-Wettkämpfen, Kulturveranstaltungen usw. Interessant ist auch in diesem Zusammenhang die Diskrepanz zwischen Fachliteratur und Praxis: Was in der Literatur beklagt wird, begrüßt man in der Praxis überwiegend als „Belebung“, allerdings nicht ohne Vorbehalte: Es wird deutlich gesehen, dass die Ausdehnung von Sondernutzungen und Events auch Grenzen überschreitet („Passantenstopper“, „zu viele Feste“ etc.). Insofern werden gelegentliche Initiativen gegen den Missbrauch der Innenstädte durch zu viel „Halligalli“ durchaus begrüßt.

Reagiert wird auf diese Tendenzen mit rechtlichen Regelungsmöglichkeiten (obwohl hier offensichtlich Probleme der Kontrolle bestehen) und mit einer Spezialisierung bei der Flächenzuweisung. So bemüht man sich, Flächen zu identifizieren – und zu gestalten –, die für Sondernutzungen geeignet sind und so die Nutzungskonkurrenz in anderen Bereichen entschärfen.

Die Privatisierung des öffentlichen Raumes findet in der Regel nicht statt.

Entleerung oder Übernutzung? Belastbare Daten fehlen.

4 Viel glauben – wenig wissen?

Sind unsere Gesprächspartner auch Experten für die von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben in den öffentlichen Räumen, so beruhen ihre Einschätzungen doch nur selten auf empirisch abgesicherten Daten. Die Beobachtungen sind häufig selektiv; und werden auch benachbarte Handlungsfelder als wichtig anerkannt, so werden doch nur in wenigen Fällen Wechselwirkungen und Zusammenhänge systematisch beobachtet, kommuniziert und daraus interdisziplinäre Handlungsansätze entwickelt.

Dieses Wissensdefizit bezieht sich vor allem auf die Nutzungsinteressen und Nutzungsintensitäten. Die wenigen empirisch fundierten Studien behandeln hier zumeist nur sehr spezifische Aspekte, so dass man in den zuständigen Stellen der Kommunen sehr wenig darüber weiß, wer heute warum und wie öffentliche Räume in Anspruch nimmt oder nehmen möchte. Auch der Debatte um die „Verlagerung“ von Öffentlichkeitsfunktionen fehlt es damit an überprüfbaren Grundlagen.

Welche Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge sind festzustellen?

Die Antworten auf die Frage nach der Kausalität bzw. nach Ursache und Wirkung der in den öffentlichen Räumen zu beobachtenden Tendenzen fallen vergleichsweise blass aus. Beklagen die Theoretiker die Funktionsentleerung der öffentlichen Räume, so sprechen die Praktiker von zu-

nehmendem Interesse, bis hin zur „Überweidung“. Nach den Ursachen für diese Tendenzen gefragt, gibt es abgesehen von recht unspezifischen Hinweisen auf Globalisierung, zunehmende Mediatisierung und Flexibilisierung der Gesellschaft nur wenige Hypothesen, deren Überprüfung noch aussteht.

Folgende Ursache-Wirkungszusammenhänge wurden benannt:

- Schwierige Haushaltslagen in den Kommunen
 - führen zu „selektivem Instandhaltungsstau“,
 - reduzieren eigene Handlungsspielräume und
 - erhöhen den Druck, Kooperationen einzugehen.
- Standortkonkurrenzen führen zur Konzentration der Aktivitäten auf die öffentlichen Räume in den Innenstädten und damit (tendenziell) zur Vernachlässigung anderer Räume.
- Verwaltungsinterne Kompetenzstreitigkeiten und Ressortegoismen führen zu Reibungsverlusten.

Welche Bedeutung haben öffentliche Räume?

Unstrittig ist, dass öffentliche Räume für die Stadt von essenzieller Bedeutung sind. Sie gliedern den Stadtraum und machen ihn lesbar. Ihre Gestalt und das in ihnen stattfindende Leben prägen ganz wesentlich das Bild der Stadt. Spezifisch für sie ist die Multifunktionalität ihrer Nutzung, wobei die in der Studie befragten Fachleute der sozialen Funktion eine besondere Bedeutung beimaßen und zugleich auf deren Voraussetzungen (Nutzungsmischung, Abbau von Nutzungskonkurrenzen, Verhinderung von Ausgrenzungen) hinwiesen.

Spezifische ökonomische Bedeutungen öffentlicher Räume (als Standortfaktor) werden in der Fachöffentlichkeit verstärkt wahrgenommen. Diese finden aber (wie das Thema öffentlicher Raum insgesamt) nach Auffassung der Befragten noch keinen angemessenen Niederschlag in der lokalen politischen Aufmerksamkeit. Das wurde auch durch die Gespräche mit Kommunalpolitikern im Rahmen der vertiefenden Fallstudien deutlich.

Durchweg wurden die wichtigen Funktionen der öffentlichen Räume z.B. als Standortfaktor für das Wohnen oder auch für die



Innenstadt anerkannt. Die Lagewert bildenden Eigenschaften für „Handel und Wandel“, für Wohnen und Freizeitnutzungen werden als Kernfunktionen der öffentlichen Räume genannt. Dies gilt ebenso für den Verkehr, mit dem auch und gerade der öffentlicher Personennahverkehr und der Fußgänger- und Radverkehr gemeint sind. Die Praktiker geben zu bedenken, dass in Zukunft der Gestaltung gerade von Straßenräumen als prägende Stadtraumelemente besondere Bedeutung beigemessen werden sollte.

Die öffentlichen Räume und das hier pulsierende Leben prägen das Bild von der europäischen Stadt. Der Stadtraum wird durch die Vielfalt der unterschiedlichen öffentlichen Räume (Plätze, Parks, Straßen etc.) als Zusammenhang oder „System“ geprägt. Den öffentlichen Räumen kommt zudem als Spiegel und Bühne für soziale, politische und ökonomische Aktivitäten in der Stadt eine hohe Bedeutung zu. So werden sie zum Aushängeschild und zur Visitenkarte der Stadt.

Gleichzeitig gelten die Pflege- und Unterhaltungshaushalte der öffentlichen Räume als beliebte „Sparschweine“ und Spielort von „Streichkonzerten“. Dies sei nicht zuletzt der unzureichenden Wahrnehmung ihrer Funktionen und Qualitäten durch die Politik geschuldet, beklagen die Fachleute. Die befragten Politiker zeigen teilweise aber eine große Bereitschaft, sich den Fragen der öffentlichen Räume zu widmen, vor allem dann, wenn Proteste der Bürgerschaft gegen Missstände oder unliebsame Veränderungen durch die lokalen Medien transportiert werden. In der Literatur indes wird die politische Relevanz öffentlicher Räume derzeit als ansteigend beschrieben.

Der öffentliche Raum, vor allem als vielfältig nutzbare Stätte der sozialen Begegnung aller Generationen und Ort der Sozialisation wird von Kindern hoch geschätzt. Auch wird die Nutzungsmischung (Wohnen in den Zentren, gewerbliche u. a. Nutzungen in den Quartieren) und ihre Förderung als eine Voraussetzung für vielfältiges soziales Leben in öffentlichen Räumen gesehen. Der variablen Nutzbarkeit wird auch durch neue multifunktionale Leitbilder und deren Umsetzung in der Planung öffentlicher Räume Rechnung getragen.

Als geradezu selbstverständlich werden die ökologischen Funktionen der öffentlichen



Räume von Planern, Politikern und Bürgern aufgefasst. Die Ökologie ist zwar durch aktuelle Themen wie kommunale Finanzen, Soziales oder Sicherheit aus den Schlagzeilen verdrängt worden, doch setzt sich unter den Praktikern in den städtischen Grünverwaltungen im Zuge des sachlichen und routinierten Umgangs mit ökologischen Fragen das Leitbild der extensiveren Pflege weiter durch: Mit „weniger Ressourcen mehr Ökologie wagen“, lautet hier die Devise.

„Sparschwein“ und/oder „Aushängeschild“? Die öffentlichen Räume sind gefordert.

5 Was ist zu tun? Handlungsbedarf und -strategien

Wie und auf welchen Ebenen ist aus Sicht der Praxis und zum Wohle der öffentlichen Räume zu handeln? Gehandelt wird bereits auf vielfältige Weise. So sind die Befragungspartner der Studie in ihren jeweiligen Aufgabenfeldern aktiv und sehen in dem, was sie tun, auch das, was getan werden muss.

Folgende Schwerpunkte werden von der Praxis gesetzt:

- Multifunktionale öffentliche Räume

Um den multifunktionalen Charakter der öffentlichen Räume zu gewährleisten, ist ein Bemühen um ein verträgliches Nebeneinander verschiedener Nutzungsarten (z. B. stadtverträgliche Mobilität) im öffentlichen Raum ebenso wichtig wie das Bemühen um Nutzungsmischung in den verschiedenen Teilen der Städte. In den

*Politik und Verwaltung
müssen übergreifende
Strategien verfolgen.*

Expertenhearings zu der Studie wurde als ein Instrument die Verhinderung des peripheren Stadtwachstums und dazu dringend der Wegfall der steuerlichen Förderung des Einfamilienhausbaus und der Entfernungspauschalen gefordert. Aber auch die Verstärkung der Attraktivität des Wohnens in Innenstädten, die Stabilisierung von gemischten Wohnquartieren und die Stärkung stadtverträglicher Mobilität wurden vorgeschlagen.

- Angemessene Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzerinteressen

Es gilt, den Interessen unterschiedlicher Nutzergruppen gerecht zu werden. Das schließt unter anderem sozial und räumlich differenzierte Betrachtungsweisen sowie die Gewährleistung der allgemeinen Zugänglichkeit zu öffentlichen Räumen ein. In diesem Zusammenhang ist auch eine Auseinandersetzung mit dem Problem des (Un-)Sicherheitsempfindens in öffentlichen Räumen notwendig.

- Öffentlicher Raum als System

Öffentliche Räume müssen in ihrem räumlichen und funktionalen Zusammenhang entwickelt werden. Das impliziert auch, dass Einzelprojekte in einen Kontext eingebettet und die Maßnahmen im öffentlichen Raum als Entwicklungsimpulse genutzt werden. Nicht zuletzt ist dazu eine Politik

des Ausgleichs zwischen lokalen und gesamtstädtischen Anforderungen notwendig.

Dieses Aufgabenverständnis beinhaltet spezifische Anforderungen an die Arbeitsweisen von Politik und Verwaltung. Sie müssen deutlicher an übergreifenden Strategien orientiert, integrativ und kooperativ angelegt sein. Auch so genannte Public-Private Partnerships (PPP), d.h. unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit der Gemeinde mit Unternehmen, Privatpersonen, Stiftungen, Hochschulen, Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen werden zukünftig stärkere Bedeutung bei der Gestaltung der öffentlichen Räume erhalten.

6 Fazit

Der öffentliche Raum ist – entgegen anders lautender Klagen in der Literatur – aus Sicht der Praktiker nicht vom Untergang bedroht. Seine Inanspruchnahme durch vielfältige, im Wandel befindliche Aktivitäten der Bevölkerung und der Wirtschaft nimmt hingegen eher zu. Dieser Wandel ist nicht neu. Ihm angemessen zu begegnen, gerade angesichts der sich zunehmend zuspitzenden Situation der öffentlichen Haushalte, stellt große Herausforderungen an alle Akteure. Über die tatsächlichen Entwicklungen in den öffentlichen Räumen müssen deshalb belastbare empirische Daten gesammelt werden. Diese fehlen fast vollständig.

Die Aufmerksamkeit für den öffentlichen Raum nimmt zu. Dies gilt es zu nutzen. Neue Strategien, wie z.B. Stadtplatzprogramme, interdisziplinäre Arbeitsgruppen oder gar neue Einheiten in den Verwaltungen, strategische Planwerke, neue Formen der Zusammenarbeit (PPPs), innovative kooperative Planungskonzepte, integrierte Handlungsprogramme und viele weitere Ansätze zeugen vom kreativen Potenzial im Umgang mit dem öffentlichen Raum. Es gilt, diese Ansätze auf allen Ebenen weiter zu fördern, geeignete gesetzliche, ideelle und materielle Rahmenbedingungen zu schaffen und den Austausch der Akteure über Erfolge, aber auch über gescheiterte Ansätze zu unterstützen.



Hinweis: Die diesen Beitrag illustrierenden Fotos wurden von dem Verfasser anlässlich der Tagung im Mai 2002 in Chemnitz aufgenommen.